

Wer oder was ist „rechts“?

Wie es um die Demokratie und Rechtsextremismus im Landkreis Wittenberg steht, wer die Demokratie gefährdet und was der Einzelne für sie tun kann. Peer Pasternack ordnet ein.

WITTENBERG/MZ - Als Reaktion auf ein Geheimgetreffen von Rechtsextremisten, Werte-Union und AfD-Mitgliedern in Potsdam demonstrieren in vielen Städten Deutschlands und auch in Wittenberg Menschen gegen Rechtsextremismus und für Demokratie. Darüber und über die Situation im Kreis Wittenberg hat **Aline Kauper** mit Professor Dr. Peer Pasternack gesprochen. Der 60-Jährige ist Leiter des Instituts für Hochschulforschung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, das in der Leucorea sitzt.

1.200 Menschen haben am Samstag an der Demonstration in Wittenberg teilgenommen. Wie schätzen Sie die Zahl ein?

Peer Pasternack: 1.200 – das ist schon eine eindrucksvolle Zahl. Entscheidend ist aber, dass so eine Demonstration überhaupt auf Resonanz stößt. Denn die so genannte Mitte der Gesellschaft, die sich dort im Wesentlichen versammelt hat, war in den letzten Jahren relativ still. Natürlich muss immer erst mal jemand die Initiative ergreifen zu so einem Aufruf. Dafür braucht es einen Anlass. Dieser war hier durch das Potsdamer Treffen gegeben, ein Anlass mit starker Symbolkraft. Weil dort, laut den veröffentlichten Recherchen von Correctiv, etwas besprochen wurde, das in den Konsequenzen einer Umsetzung ein anderes System insgesamt voraussetzen würde und menschenfeindlich wäre.



Ist Rechtsextremismus ein ernst zu nehmendes Problem im Kreis Wittenberg?

Einerseits nein, da sich hier keine starke NPD/Die Heimat befindet. Andererseits haben wir aber eine recht starke AfD. Und genau das war der Punkt, der die Besonderheit dieses Ereignisses in Potsdam ausmacht: Die Offenbarung der Verbindung von Rechtspopulismus, also AfD, und Rechtsextremismus. Dass es diese Verbindung gebe, ist ja bisher immer bestritten worden. Das gilt nun auch nicht für jedes AfD-Mitglied oder jeden AfD-Wähler. Aber es gibt halt diese Verbindungen. Nach der polizeilichen Kriminalstatistik ist Wittenberg und Umgebung ein in Sachsen-Anhalt eher sicherer Ort für Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Gruppierungen usw. Das sollte uns aber nicht in selbstgefälliger Beruhigung versinken lassen.

Gibt es einen Unterschied zwischen rechts und rechtsextrem?

Einst ist diese Sortierung in rechts, liberal und links durch die Sitzordnung in den Parlamenten eingeführt worden. Und dieser Kontrast, der ja zur Beschreibung eines politischen Spektrums erstmal ganz hilfreich ist, ist ein bisschen verloren gegangen dadurch, dass die Parteien, die man ursprünglich rechts eingeordnet hatte, sich plötzlich alle in der Mitte sehen wollen, damit sie mehr Wählerstimmen einfangen. Deswegen ist die CDU seit vielen Jahren eine Partei der Mitte. Und den Vorwurf, zu weit links zu sein, versucht sie aufzufangen, indem sie den Begriff des Konservatismus verwendet. Der Begriff des Konservatismus hat insoweit den Begriff „rechts“ ersetzt. Das hat sich in der öffentlichen Wahrnehmung so durchgesetzt, dass praktisch kein Unterschied mehr gemacht wird zwischen rechts und Rechtsextremismus. Klug ist das wohl nicht, weil man damit eine Unterscheidungsmöglichkeit aufgibt, die ganz sinnvoll sein kann in politischen Diskussionen. Wie auch immer: Es ist legitim, konservativ zu sein. Sehr viele rechtspopulistische Parteien, Bewegungen und Personen sagen aber auch von

Professor Dr. Peer Pasternack lebt und arbeitet in der Lutherstadt und hat sich im Rahmen seiner Forschungen, unter anderem als Zeithistoriker, auch intensiv mit dem Begriff Demokratie auseinandergesetzt.

FOTO: THOMAS KLITZSCH

sich, „wir sind konservativ“. Da muss man genau hinschauen. Denn zum Konservatismus gehören ausdrücklich nicht Menschenverachtung oder Menschenfeindlichkeit.

Was sind das für Menschen, die am Samstag auf die Straße gegangen sind?

Es sind dort meines Erachtens nach drei Gruppen vertreten. Einmal sind das die Leute, die sagen, „Demokratie ist eine gute Idee und ich möchte nicht, dass wir diese Idee aufgeben“. Dann gibt es diejenigen, die darüber hinaus recht zufrieden sind mit den politischen Zuständen im Land und davon ausgehen, dass alle Mängel, die es dennoch gibt, insofern normal sind, als es keine perfekte Ordnung gibt. Und dann gibt es drittens diejenigen, die sagen, „ich bin hoch unzufrieden mit den Zuständen im Land, beispielsweise Bürokratie, Digitalisierung, Schulbildungswesen, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendetwas davon produktiv gelöst werden könnte, wenn wir es nicht mehr auf eine demokratische Weise tun“. Also: Ein Bekenntnis gegen Rechtsextremismus ist nicht umstandslos ein Bekenntnis, dass man alles super findet, was politisch in der Bundesrepublik läuft. Das sollten auch die Politik und die Medien deutlicher trennen.

Die Demonstranten gegen Rechtsextremismus sagen „Wir sind die Mehrheit“, Montagsdemonstranten skandieren „Wir sind das Volk“. Wer hat Recht?

Wenn wir uns mal diejenigen anschauen, die zu Wahlen gehen, da haben die Rechtspopulisten bundesweit ein Potenzial von etwa 20 Prozent. Ungefähr 80 Prozent wählen andere Parteien. Das ist erstmal eindeutig eine Mehrheit. In Sachsen-Anhalt haben wir aber – je nach Wahl – 30 bis 45 Prozent Nichtwähler. Stellen wir uns jetzt vor, es gäbe in Sachsen-Anhalt eine Wahlpflicht, dann kann man sich natürlich die Frage stellen: Sind die-

jenigen, die nicht zur Wahl gehen, zufrieden oder sind das eher Leute, die unzufrieden sind? Wenn man annimmt, dass die Nichtwähler überwiegend wegen massiver Enttäuschung nicht zur Wahl gehen, dann würden diese im Falle, dass sie dazu genötigt werden, wohl eher etwas wählen, das ihrer Unzufriedenheit Ausdruck verleiht. Dann könnte es durchaus dazu kommen, dass eine Partei wie die AfD deutlich mehr als 40 oder vielleicht sogar 50 Prozent der Stimmen erhalten würde.

Wie steht es um die Demokratie in Deutschland und im Kreis Wittenberg?

Wir haben jedenfalls Gefährdungen der Demokratie durch eine gesichert rechtsextremistische Partei im Landtag und durch gewisse Unklarheiten der Abgrenzung innerhalb des demokratischen Spektrums. Eine Demokratie braucht eine Grundstimmung der Akzeptanz. Nicht des unkritischen Einverständnisses, aber dass es besser ist, wenn man sich demokratisch auseinandersetzt als nichtdemokratisch. Wenn Leute wie am Samstag auf die Straße gehen, dann nützt das der Demokratie, da so deutlich wird, dass es nicht nur eine Seite gibt, die sich lautstark zu Wort meldet.

Was würde ein von manchen angestrebtes AfD-Parteiverbot für die Kommunalpolitik bedeuten?

Im Falle eines Parteiverbots müssten die Abgeordneten im Stadtparlament ihre Mitgliedschaft in der Partei aufgeben, hätten aber nicht ihr Mandat verloren. Die Partei

könnte dann natürlich bei den nächsten Wahlen nicht mehr antreten. Ich habe aber Zweifel, ob es politisch klug wäre, die AfD zu verbieten. Die Probleme, die dahinter stehen, dass diese Partei so stark hat werden können, sind ja mit einem Verbot nicht weg und müssen natürlich bearbeitet werden. Es ist auch ein großes Problem, dass Leute AfD wählen, die eigentlich weder rechtsextrem noch rechtspopulistisch sind und sein wollen. Aber sie sagen, „ich bin so verzweifelt über das, was mir ansonsten an politischen Angeboten gemacht wird, es ist die einzige Chance, den etablierten Politikbetrieb zu ärgern“. Das ist nicht gut für die Demokratie, wenn Leute zu solchen Schlussfolgerungen gelangen. Aber das ist eben auch eine Aufgabe für die anderen Parteien.

Was kann denn der Einzelne tun, um die Demokratie im Kreis Wittenberg zu stärken?

Wenn sich alle im Alltag darum bemühen würden, sich einander gegenüber achtsam zu verhalten, wäre das mit hoher Wahrscheinlichkeit ein beträchtlicher Beitrag zur Stärkung der Demokratie. Also: dem aufgeregten Geschnatter in der Öffentlichkeit und sozialen Medien, das auch immer Elemente von Beleidigung und dergleichen enthält, etwas entgegenzusetzen, gelassener zu kommunizieren und nicht immer gleich empörungsbereit zu sein. Wenn das viele verinnerlichen, würde das die öffentliche Atmosphäre beträchtlich entspannen. Und bei einigen Botschaften auf Plakaten am Samstag hatte ich auch das Gefühl, dass sie genau darauf zielen. Natürlich kann man auch in einer Partei aktiv werden. Besser ist vielleicht sogar, in einem Verein mitzuarbeiten, sich dort beispielsweise um unterstützungsbedürftige Kinder zu kümmern, damit sie einen guten Start ins Leben bekommen. Das wären Investitionen in die Zukunft der Demokratie und der Gesellschaft.

„Das Potsdamer Treffen ist ein Anlass mit starker Symbolkraft.“